

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 38. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Februar 2007, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

i.V. von Karsten Jasper

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

i.V. von Regina Poersch

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. EU-Ratspräsidentschaftsprogramm, wirtschaftspolitische Schwerpunkte im Rahmen des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	4
hierzu: Umdruck 16/1696	
2. Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1086	
3. a) Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein	9
b) Aktuelle Situation des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein	
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
4. Hightech-Strategie der Bundesregierung - Perspektiven für Schleswig-Holstein	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1112	
5. Finanzierung der A 20	11
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
6. Bahnhof Büchen	12
hierzu: Umdruck 16/1745	
7. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

EU-Ratspräsidentschaftsprogramm, wirtschaftspolitische Schwerpunkte im Rahmen des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

hierzu: Umdruck 16/1696

M Döring führt auf der Grundlage des Umdrucks 16/1696 in die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein und nimmt zu dem Gliederungspunkt II, Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas, Stellung. Im Mittelpunkt stehe nach wie vor der Lissabon-Prozess. Hier gebe es in Übereinstimmung mit dem Ratspräsidentschaftsprogramm unter anderem die Schwerpunkte weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, den Auftrag an die Kommission, eine neue Binnenmarktstrategie vorzulegen, den Komplex Innovation, Forschung und Bildung, bessere Rechtsetzung und Integrierte Meerespolitik. Gegen Ende des Konsultationsprozesses zum Grünbuch werde der zu erwartende Aktionsplan, der vermutlich zum Jahresende 2007 in Angriff genommen werde, erst unter der folgenden portugiesischen Präsidentschaft eine Rolle spielen. Schleswig-Holstein werde diesen Prozess - auch über den Ausschuss der Regionen - nutzen, um in den Aktionsplan konkrete Punkte einfließen zu lassen.

Bezüglich der Sicherung der sozialen Zukunft - so fährt M Döring fort - sei es für die Akzeptanz in der gesellschaftlichen Entwicklung Europas ganz wichtig, dass man Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nicht in Konkurrenz sehe, sondern diese Felder zusammenbinde.

Im Bereich „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Europas“ sei vorgesehen, im Frühjahr 2007 im Europarat einen nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplan anzunehmen, wozu neben den Außenbeziehungen und dem Binnenmarkt insbesondere die Themen eigentumsrechtliche Entflechtungen und unabhängige Netzbetreiber, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Transeuropäische Netze, Krisenmechanismen, Energieträgermix, Bekämpfung von Umweltverschmutzung und der Klimawandel gehörten.

In der folgenden Aussprache sprechen Abg. Dr. Garg und Abg. Harms die Frage der Entflechtung von Netz und Betrieb bei den Energieversorgern an und möchten wissen, mit welchen Vorgaben Schleswig-Holstein hier auf die Bundesebene einwirken wolle.

Abg. Matthiessen spricht den Punkt „Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes“ und hier insbesondere die Reduzierung von CO₂-Emissionen durch Pkw und im Flugverkehr an. Er meine - so Abg. Matthiessen -, dass sich die Bundesregierung hier so positioniere, dass sie die Vorgaben der EU zum Klimaschutz eher verschlechtern wolle, indem sie zum Beispiel den Standpunkt vertrete, dass beim Pkw statt des Ausstoßes von 120/140 g/km CO₂ ein höherer Grenzwert national durchgesetzt werden solle.

Abg. Langner schlägt vor, der Wirtschaftsausschuss möge sich nach Abschluss der Fachkonferenz Grünbuch zur Meerespolitik, die am 3. und 4. Mai d. J. in Bremen stattfinden werde, noch einmal mit den Ergebnissen dieser Konferenz ebenso wie mit den von Schleswig-Holstein in den Aktionsplan eingebrachten Punkten befassen. - Dieser Vorschlag findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

M Döring antwortet, er werte es als einen sehr großen Erfolg, dass man das Thema Meerespolitik auf der europäischen Agenda habe, dass die Meerespolitik einer der offiziellen Punkte im Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft sei. Zudem könne er, M Döring, mitteilen, dass ein jüngstes Schreiben aus dem Auswärtigen Amt ihm bestätigt habe, dass die europäische Meerespolitik auch Teil der Schlussfolgerungen der deutschen Ratspräsidentschaft sein werde.

Zum Thema „Energie“ wolle er, M Döring, als nicht zuständiger Fachminister an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass nach seiner Einschätzung die überwiegende Zahl der Mitgliedstaaten für die Entflechtung von Netz und Betrieb bei den Energieversorgern eintreten würden, weil nur so echter Wettbewerb herrschen könne. Es sei aber sicherlich so, dass es hier seitens der Bundesrepublik und Frankreichs Widerstand gebe, diese Länder zumindest nicht an der Spitze der „Bewegung“ stünden. Er meine aber, dass dieser Widerstand letztlich nur ein „hinhaltender“ sein könne. In Europa sei die klare Tendenz erkennbar, dass Monopole im Binnenmarkt keine Zukunft hätten.

Abg. Callsen begrüßt es ebenfalls, dass die maritime Wirtschaft im Aktionsplan eine große Rolle spielen werde. Die „Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung“ sei angesichts des Wettbewerbs, in dem auch die schleswig-holsteinischen Unternehmen stünden, ein wichtiges Ziel. Bezüglich des Abbaus von Bürokratiekosten wäre er, Abg. Callsen, dankbar, wenn sich die schleswig-holsteinische Landesregierung mit eige-

nen Vorschlägen in den Prozess einbringen würde, um EU-Richtlinien, die die schleswig-holsteinischen Unternehmen belasteten oder unnötig seien, zu verändern beziehungsweise zu beseitigen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Landanschluss für Schiffe - externe Stromversorgung in Häfen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1086

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Europausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Matthiessen begründet kurz seinen Antrag. - M Döring verweist auf die Förderung eines Pilotprojektes Landstromanbindung von Fähren in Lübeck und erklärt, er könne es sich durchaus vorstellen, über künftige INTERREG-Mittel ein ähnliches Pilotprojekt für Kreuzfahrtschiffe anzustoßen.

Zu den Punkten des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt M Döring sodann im Einzelnen, dass die geforderte Bundesratsinitiative zur Förderung von Landstromanschlüssen sich kaum eigne, weil es hier keine Bundeszuständigkeiten gebe. Trotzdem sei dieses Thema aber auf dem richtigen Weg. Das Wirtschaftsministerium habe ihn darüber informiert, dass sich in der IMO eine Arbeitsgruppe dieses Themas bereits angenommen habe, und der Bund unterstütze das Vorhaben. Auch was den Punkt wirtschaftliche Anschubfinanzierung anbelange, werde man über den Bund jedenfalls nicht unmittelbar etwas erreichen können. Das Wirtschaftsministerium habe mitgeteilt, dass der Bund diesbezügliche Maßnahmen über das Forschungsprogramm ISETEC II unterstützen wolle.

In der Tat sei der Bund aber bei der Frage gefordert, wie man eine Wettbewerbsfähigkeit bei der Stromlieferung hinbekomme. Dazu müsse man wissen, dass der Schiffsdiesel steuerbefreit sei und dass Strom mit einer Vielzahl von Steuern belastet sei. Diesbezüglich habe er, M Döring, eine erste Initiative ergriffen, indem er an den Bundesverkehrsminister und den Bundesfinanzminister geschrieben und die Bitte geäußert habe, von der Empfehlung der Europäischen Kommission Gebrauch zu machen, dass solche Stromlieferungen entweder steuerbegünstigt oder steuerbefreit seien. Anfang des letzten Jahres habe die Europäische Kommission nämlich erklärt, dass eine solche Steuerbegünstigung oder -befreiung für Landstrom für Schiffe zulässig sei. In dem Erwiderungsschreiben habe das Bundesfinanzministerium jedoch erklärt, dass es sich diesbezüglich nicht um einen bindenden Beschluss der Europäischen Kommission handele. Die schleswig-holsteinische Landesregierung werde aber noch einmal ein Schreiben an den Bundesfinanzminister, den Bundesverkehrsminister und den Bundesumweltminister richten, in dem sie sich noch einmal für eine solche steuerliche Vergünsti-

gung beim Landstrom einsetzen werde, zumal dem Bund hierdurch kein Geld entgehe. Hier handele es sich um zusätzlichen Strombedarf und weil der Schiffsdiesel steuerbefreit sei, handele es sich insoweit eigentlich um ein Nullsummenspiel. Wenn diese Maßnahmen seitens des Landes erfolglos blieben, könnte man allerdings überlegen, ob zu diesem Thema eine Bundsratsinitiative ergriffen werden sollte.

M Döring fährt fort, auch in seiner Stellungnahme zum Grünbuch für Küsten- und Meeresschutz werde er eine Aufnahme des Landstromanschlusses fordern und werde sich dann darum bemühen, dass dieses Thema auch in den Aktionsplan komme. Man müsse sich jedoch klar darüber sein, dass es sich hier dennoch nur um eine Facette des Gesamtproblems Umweltverschmutzung durch Schiffsverkehre handele.

Abg. Matthiessen begrüßt die von Schleswig-Holstein angestrebte Aufnahme der Landstromanschlüsse für Schiffe in das Grünbuch der EU für Küsten- und Meeresschutz, macht im Übrigen aber noch einmal deutlich, dass seine Fraktion den Standpunkt vertrete, dass eine Förderung der Maßnahmen über Steuerbefreiung oder Steuervergünstigung nicht auf Dauer angelegt sein sollte, sondern dass es sich insoweit nur um eine Anschubförderung/Anschubfinanzierung handeln dürfe.

Als Fazit der Diskussion formuliert Abg. Callsen den Entwurf einer Beschlussempfehlung:

„Der Landtag begrüßt die Initiative im Lübecker Hafen zur Bereitstellung einer externen Stromversorgung für Schiffe. Er bittet die Landesregierung, das Pilotprojekt der Lübecker Hafengesellschaft und der Lübecker Stadtwerke sowie gegebenenfalls weitere Pilotprojekte zu unterstützen, und begrüßt die Initiative der Landesregierung hinsichtlich einer entsprechenden Steuerbefreiung für die externe Stromversorgung.

Die Landesregierung wird gebeten, die Verwendung von Landstromanschlüssen für Schiffe in das neue Grünbuch der EU für Küsten- und Meeresschutz einzubringen.“

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, den beteiligten Ausschüssen diese Entwurfsfassung zur Kenntnis zu bringen und erst nach Befassung durch die beteiligten Ausschüsse eine abschließende Beschlussempfehlung im federführenden Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung zu stellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

b) Aktuelle Situation des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 26. Januar 2007 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Nach kurzem Meinungsaustausch vor dem Hintergrund der in der Plenarsitzung am 26. Januar 2007 hierzu geführten Diskussion nimmt der Ausschuss den mündlichen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Hightech-Strategie der Bundesregierung - Perspektiven für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1112

(überwiesen am 24. Januar 2007 zur abschließenden Beratung)

M Austermann führt kurz in den Bericht ein und betont, dass sein Haus sofort nach Bekanntgabe der Hightech-Strategie der Bundesregierung alle Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Schleswig-Holstein angeschrieben und aufgefordert habe, an der Initiative mitzuwirken und so auch Bundesmittel nach Schleswig-Holstein zu holen. Eine wichtige Rolle bei dieser Neuausrichtung sollten die im Land vorhandenen Clustermanagements, Kompetenzzentren, Netzwerke und Hochschultransfereinrichtungen sowie die Innovationsstiftung übernehmen.

Am 15. Februar werde zu der Initiative eine Auftaktveranstaltung in Schleswig-Holstein stattfinden, auf der im Gespräch mit Multiplikatoren sichergestellt werden solle, dass auch wirklich an keiner Einrichtung dieser wertvolle Ansatz vorbeigehe. Ziel müsse es auch sein, durch intensive Beratung der potenziellen Antragsteller aus Wissenschaft und Wirtschaft auf Synergien mit anderen Förderprogrammen des Landes und der EU aufmerksam zu machen. So gebe es zum Beispiel Verbindungen zwischen der Hightech-Strategie des Bundes und dem 7. Rahmenprogramm der EU sowie den Regionalfonds Ziel 2 und 3.

Nach einer kurzen Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht Drucksache 16/1112 zur Kenntnis und erbittet eine Bilanz der Beteiligung schleswig-holsteinischer Akteure an der Hightech-Strategie bis zur Sommerpause.

Auf eine Bitte von Abg. Matthiessen sagt M Austermann eine schriftliche Information über den Seed- und StartUp-Fonds Schleswig-Holstein zu. - S. hierzu Umdruck 16/1836 vom 5. März 2007.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Finanzierung der A 20

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 24. Januar 2007 zur abschließenden Beratung)

In Ergänzung des im Landtag am 24. Januar 2007 gegebenen mündlichen Berichts zur Finanzierung der A 20 sagt M Austermann die Vorlage einer aktuellen Terminplanung zur Fertigstellung der Streckenabschnitte der A 20 zu. - S. hierzu Umdruck 16/1752 vom 8. Februar 2007.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bahnhof Büchen

hierzu: Umdruck 16/1745

Auf Bitten des Ausschusses wird M Austermann seine mündlich gegebenen Informationen zum Bahnhof Büchen in schriftlicher Form nachreichen. - Auf Wunsch von Abg. Schulze wird M Austermann auch zur Situation des Bahnhofs Lauenburg schriftlich Stellung nehmen.

Mit Umdruck 16/1810 vom 23. Februar d. J. sind dem Ausschuss die gewünschten Auskünfte schriftlich erteilt worden.

Zu Punkt 7, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer